



AWO | FFM

Zeitung

01.16

Wohin
wollen
wir gehen?

Frankfurt bittet zur Wahl.

SOZIAL & POLITISCH

Kommunalwahl 2016: Unsere Stimme für die Solidarische Stadtgesellschaft
„Integration und Solidarität statt gesellschaftlicher Spaltung“
„Frankfurt als fruchtbarer Schmelztiegel ist unser großes Ziel“
„Wir haben in Frankfurt viel bewegt“
„Das Soziale muss Kern der neuen Stadtpolitik sein“
AWO FFM – Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2016

12

WAS WIR BIETEN

Kita Adlerwerke – eine bunte Welt im Gallus
Frischer Wind im Jugendhaus Gallus
Kinder besuchen das Grab von Alfred Marchand
Das Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum wappnet sich für die Zukunft

10

10

ENGAGEMENT

Myrella Dorn und ihr perfekter Job
Flüchtlingsprojekt der AWO ausgezeichnet

11

11

MITGLIEDERVERBAND

Ortsverein Sachsenhausen im Modellprojekt

16

Jede
Menge
Leben

Kommunalwahl 2016: Unsere Stimme für die Solidarische Stadtgesellschaft

Seit Jahren geht auch in unserer Stadt die Wahlbeteiligung an Kommunalwahlen zurück, obwohl kommunalpolitische Entscheidungen das Leben der Menschen häufig ganz unmittelbar betreffen.

Als wichtiger Akteur für eine „Solidarische Stadtgesellschaft“ und als Lobbyorgani-

Eine gute, effiziente und solidarische Stadtpolitik ist und bleibt Garantin des sozialen Friedens und des wirtschaftlichen Erfolges. Die Attraktivität Frankfurts beruhte immer auch auf der Verbindung beider Themenfelder. Der „Pakt für den sozialen Frieden“ der demokratischen Römerparteien hat über Jahre dieses Gleichgewicht aufrechterhalten.

Wichtige Themen wurden von uns schon vor Jahren auf die Tagesordnung gesetzt und bedeutende Vertreterinnen und Vertreter der Stadtpolitik haben wiederholt darauf Bezug genommen. Fokussiert hat das auch unser Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann, der diese Themen zum Mittelpunkt seines damaligen Wahl-

kampfs und seiner Politik gemacht hat.

Die Attraktivität Frankfurts für Investorinnen und Investoren, für Menschen, die mit ihren Familien in unsere Stadt kommen und hier arbeiten, ist eng mit der sozialen Infrastruktur verbunden. Man kann es nicht oft genug betonen: Nur eine solidarische und soziale Stadt kann langfristig auch ökonomisch erfolgreich sein.

Die Parteien haben unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, aber an vielen Stellen herrscht auch Konsens. Die weiterhin wichtige Rolle der Wohlfahrtsverbände ist Konsens, mit gewissen Einschränkungen bei den Grünen.

Der Tariftreuebeschluss des Stadtparlaments wird allgemein nicht in Frage

gestellt; besonders deutlich akzentuieren dies die SPD und die Linken.

Alle Parteien wollen die sozialen Berufe aufwerten und für Schulabgänger attraktiver machen. SPD, Linke und ansatzweise auch die FDP, thematisieren die Verbesserung der Bezahlung in diesen Berufen.

Das Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ halten alle für wichtig. SPD und Linke rücken besonders die Ausübung des Vorkaufrechtes der Stadt in den Fokus, auch CDU und Grüne sehen hier eine Möglichkeit, die FDP will dessen Ausübung auf Ausnahmefälle beschränken.

Bei der Frage der Entwicklung neuer Baugebiete und eventuell auch neuer Stadtteile zeigen sich klare Unterschiede in den Positionen: Während die CDU überwiegend auf Nachverdichtung und Umnutzung von Gewerbeflächen setzt, will die SPD bestehende Quartiere erweitern und auch einen neuen Stadtteil entwickeln. Grüne, Linke und FDP sprechen von neuen Baugebieten oder neuen Flächen, im Wesentlichen beschränkt auf die Angliederung an bestehende Stadtteile.

Alle Parteien wollen gemeinsames Wohnen von Studierenden und Auszubildenden fördern, eine Integration von Flüchtlingen in solche Projekte halten alle, außer der CDU, für sinnvoll.

Die weitere Notwendigkeit einer guten finanziellen Ausstattung der Kitas, um Quantität und Qualität gleichermaßen zu ermöglichen, ist weitgehend Konsens. Nach finanzieller Leistungsfähigkeit gestaffelte Elternbeiträge werden ebenfalls befürwortet. Die FDP tritt für eine Erhöhung der Beiträge ein, die Linken fordern die letztendliche Beitragsfreiheit der Einrichtungen.

Schulsozialarbeit halten alle Parteien für wichtig. Die Finanzierung erlebnispädagogischer Angebote der Schulsozialarbeit in den Ferien bejahen lediglich SPD und die Linken.

Die Bestandssicherung eigenständiger Inklusionsklassen wird, bis auf die FDP, allgemein befürwortet.

„Nur wer weiß, wo er herkommt, der weiß auch, wo er hin will.“

Dr. Jürgen Richter zur Tradition der AWO.

Offene Kinder- und Jugendarbeit und deren auskömmliche Finanzierung, an der es in jüngster Zeit allerdings öfter fehlte, befürworten alle Parteien.

Alle Parteien wollen an dem Serviceangebot der Betreuung in den Altenwohnanlagen festhalten. Ein deutliches kommunales Engagement für mehr Pflegekräfte akzentuieren besonders deutlich SPD und Linke, CDU und Grüne in gewissem Umfang, die FDP äußert sich zu diesem Punkt nicht.

Alle Parteien treten für umfangreiche Maßnahmen zur Integration der Flüchtlinge ein.

Ehrenamtliches Engagement unterstützen alle Parteien, besonders dezidiert artikulieren dies die CDU, die SPD und die Linken.

Der Blick in die Programme und auf die Positionierungen der Parteien in dieser Umfrage ist eine gute Orientierungshilfe. Noch instruktiver ist natürlich ein Blick auf die politische Praxis der Handelnden.

Zu welchem Schluss man letztendlich auch immer kommen mag: Es gilt, sich zu informieren, zu diskutieren und am 6. März wählen zu gehen: Für eine „Solidarische Stadtgesellschaft“!

Dr. Jürgen G. Richter



Dr. Jürgen G. Richter, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e.V.

sation für diejenigen, die in einer reichen Stadt oftmals an den Rand gedrängt werden, hat sich unser Verband wiederholt engagiert und – jenseits jeder Parteipolitik – zu Wort gemeldet.

Auch vor dieser Kommunalwahl haben wir uns an die demokratischen Parteien im Römer (CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP) gewandt und sie mit unseren Fragen konfrontiert: Von der Bedeutung der Wohlfahrtsverbände, über die Tarifpolitik, den Bau bezahlbarer Wohnungen, die Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit und schulische Inklusion behinderter Kinder, Jugendarbeit, die Fragen der älteren Frankfurterinnen und Frankfurter, die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements, bis zur brandaktuellen Frage einer guten Betreuung und Integration der Flüchtlinge, reichte das von uns präsentierte Themenfeld.



Sie möchten unsere Arbeit unterstützen?
Das AWO Spendenkonto:

Frankfurter Sparkasse
AWO Kreisverband
Frankfurt am Main e.V.
IBAN: DE09 5005 0201 0000 2901 06
BIC: HELADEF1822

Frankfurter Sparkasse
Johanna-Kirchner-Stiftung
IBAN: DE84 5005 0201 0000 9929 76
BIC: HELADEF1822



Physio? Ergo?
Therapeutikum!

Unsere Praxis bietet Ihnen

- Physio- & Ergotherapie
- Rückenschule
- Progressive Muskelentspannung
- Personal-Training
- Kinästhetik
- Massagen
- Kurse (Zumba, Yoga, u.v.m.)

Alle Kassen und Privat

Wir kommen
auch zu Ihnen
nach Hause:
069-24240692
Anruf genügt.



Therapeutikum der Johanna-Kirchner-Stiftung . Henschelstr. 11 . 60314 Frankfurt am Main
Telefon: 069/24240692 . Mobil: 0177/8066836 . Fax: 069/24240994 . E-Mail: therapeutikum@awo-frankfurt.de

Integration und Solidarität statt gesellschaftlicher Spaltung

Den Mitgliedern und Mitarbeitern der AWO brennen im Hinblick auf die Kommunalwahl in Frankfurt viele Themen unter den Nägeln, die ihre Lebens- und Arbeitswelt betreffen. Der AWO Kreisverbandsvorsitzende Ansgar Dittmar fühlte dazu den Spitzenkandidaten von vier Parteien im Römer auf den Zahn. Hier spricht er mit dem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten der Frankfurter SPD, Mike Josef.

Die AWO steht für „Solidarische Stadtgesellschaft“. Wie sollte sich diese entwickeln?

MIKE JOSEF Die AWO hat schon lange vor der Debatte im Stadtparlament und in der Frankfurter Stadtgesellschaft die solidarische Stadt auf die Agenda gesetzt. Ich finde es positiv, dass mit Oberbürgermeister Peter Feldmann viele der von der AWO diskutierten Themen stärker in den Fokus der Stadtpolitik gerückt und in konkrete Politik umgewidmet wurden.

Beispielsweise spielten Themen wie Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Sanierung unserer Schulen oder die Schaffung von Infrastruktur in allen unseren Stadtteilen bis zur Wahl von Peter Feldmann kaum eine Rolle in der schwarz-grünen Koalition.

Zur solidarischen Gesellschaft gehört auch, dass wir möglichst wenige gesellschaftliche Verlierer haben. Wir müssen bei der Verteilung der Finanzmittel auf alle Stadtteile und auf alle Menschen schauen und nicht die einen gegen die anderen ausspielen. Jeder muss in Frankfurt einen Platz finden, unabhängig davon, wie viel Geld er hat, woher er kommt und woran er glaubt.

Wie möchte die SPD bei einem jährlichen Zuzug von 15.000 Menschen mit einem Bedarf von 5.000 Wohnungen bezahlbaren Wohnraum schaffen, dass sich etwa auch unsere Erzieherinnen und Erzieher oder Pflegekräfte eine Wohnung in Frankfurt leisten können?

MIKE JOSEF Als Bilanz nach zehn Jahren Schwarz-Grün haben wir ein Rekordhoch bei den Mietpreisen und eine Wohnungsversorgung von nur 93 Prozent – der niedrigste Stand seit über zehn Jahren. Seit Jahren werden auf Rekordniveau bezahlbare Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen umgewandelt. Diese Entwicklung beruht auf einer verfehlten Wohnungspolitik. Was wir brauchen sind Flächen für den Bau von Wohnungen, wir brauchen Wohnungen und besonders geförderten Wohnraum!

Die SPD will bei jedem Neubaugebiet 40 Prozent geförderten Wohnraum mit Einbindung der öffentlichen Wohnungsbau-Gesellschaften. Durch Konversion und Nachverdichtung können wir den steigenden Bedarf nicht decken. Wir müssen Wohnungen in Zusammenarbeit mit dem Umland bauen. Damit Gewerbe und Industrie nicht aus dem Stadtbild verschwinden, müssen wir auch auf die Ackerfläche gehen. Wir haben die Bebauung des Pfingstbergs vorgeschlagen.

Die SPD will als Anwalt der Mieter alle rechtlichen Möglichkeiten ausnutzen, um die Mietpreisexplosion zu bremsen. Und wir wollen die Genossenschaften stärken, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Welche Möglichkeiten können wir Menschen bieten, die finanziell schlechter gestellt sind?

MIKE JOSEF Es geht darum, dass Frankfurt bezahlbar bleiben muss! Ich finde, die Anhebung der Einkommensgrenzen beim Frankfurt Pass war z. B. ein notwendiger Schritt. Das ist eine langjährige Forderung der SPD. Aber das ist natürlich ein zartes Pflänzchen angesichts explodierender Lebenshaltungskosten, mit denen die Löhne nicht mithalten. Immer mehr Menschen fallen hinten runter – da beginnt die gesellschaftliche Spaltung.

Wir brauchen gute Löhne. Darum wollen wir Sozialdemokraten Bund, Land und Kommunen gemeinsam denken. Wir haben mit dem Mindestlohn nach unten ein Netz geschaffen, damit Ausbeuterlöhne in Frankfurt nicht mehr möglich sind. Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt für private Investoren werden und Mieten müssen bezahlbar bleiben. Deswegen fordern wir einen faktischen Mietpreisstopp bei der ABG.

Wir wollen allen Menschen die Freiheit ermöglichen, über ihren persönlichen Lebensweg selbst zu bestimmen. Selbstbestimmung setzt den Zugang zur Bildung und Chancengleichheit im Bildungssystem voraus.

Wegen höherer Lebenshaltungskosten stehen wir in einigen Berufen, wie bei unseren Erzieherinnen und Erziehern, im Wettbewerb Stadt gegen Land. Macht hier ein Ballungsraumzuschlag bei den Tariflöhnen Sinn?

MIKE JOSEF Wir müssen darüber nachdenken, wie wir in Ballungsräumen, in denen die Lebenshaltungskosten exorbitant gestiegen sind und wo der Mindestlohn von 8,50 Euro nicht annähernd ausreicht, eine Berücksichtigung in der Lohnentwicklung angehen.

In Frankfurt versuchen wir, das mit einer höheren Entlohnung unserer Erzieher im Vergleich zum Umland wett zu machen. Leider wird das von den Mietkosten wieder aufgeessen. Sogar für Lehrer oder Polizisten ist das Leben in Frankfurt nur schwer bezahlbar. Dieses Thema reicht also bis

tief in die Mittelschicht.

Hier brauchen wir dringend die Unterstützung des Landes. Stattdessen werden uns durch die Kürzung beim kommunalen Finanzausgleich jedes Jahr nochmal 137 Millionen Euro weg genommen. Die schwarz-grüne Landesregierung straft uns quasi dafür ab, dass wir die größte, permanent wachsende Stadt Hessens sind.

Sie kritisieren die grüne Bildungsdezernentin. Warum?

MIKE JOSEF Ich stelle fest, dass wir nach 26 Jahren Bildungspolitik der Grünen einen Sanierungstau an unseren Schulen von 1 Milliarde Euro verzeichnen. Über den Schulentwicklungsplan haben wir geplante Schulbauten von weiteren 1 Milliarden Euro. Weder die Grünen noch der Kämmerer sagen, wie sie die 2 Milliarden Euro finanzieren wollen.

„Für mich bedeutet solidarische Stadtgesellschaft, dass die Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden und der Zusammenhalt der Stadt in allen Stadtteilen gewährleistet ist.“

Die grüne Bildungspolitik ist intransparent und sehr vom Zufall geprägt. Die Schulgemeinde ist nicht wirklich eingebunden, kann nicht klar planen und die Diskussionen finden nicht auf Augenhöhe statt. Wenn etwa die Bildungsdezernentin in Bockenheim zu Eltern, die keine Kita- und Hortplätze für ihre Kinder finden, sagt: naja, wir tun schon alles und wenn es ihnen nicht passt, können sie ja auch wegziehen, so wird hier von oben herab argumentiert.

Die SPD steht für Planungssicherheit bei Entscheidungen über die weiterführenden Schulen, beim Bau neuer und der Sanierung bestehender Schulen. Es braucht verbindliche Zeitrahmen und die Information aller Schulen.

Die Schulsozialarbeit wird von der Landesregierung und der schwarz-grünen Koalition stiefmütterlich behandelt. Die SPD ist mit einem Antrag zur Unterstützung der Schulsozialarbeit an der Ernst-Reuter-Schule, deren Träger die AWO ist, gescheitert. Was würde sich mit der SPD ändern?

MIKE JOSEF Das ist eine Frage der Prioritätensetzung bei der Vergabe von Geldern. Man kann für knapp 200 Millionen Euro die Altstadt rekonstruieren oder für wenige 100.000 Euro die Schulsozialarbeit stärken. Für uns Sozialdemokraten ist die Integration in einer so internationalen Stadt eine wesentliche Aufgabe. Dazu gehört, dass die Schulen mit guten Lehrern und in der Schulsozialarbeit gut ausgestattet sind. Gerade die Ernst-Reuter-Schule hat in der Schulsozialarbeit eine vorbildliche Pionierarbeit geleistet. Und Schwarz-Grün streicht das Ganze wegen vergleichsweise wenig Geld. Für die SPD stimmen die Prioritäten nicht, wenn sich der Kämmerer ein



Mike Josef, Vorsitzender und Spitzenkandidat der Frankfurter SPD.

Imagevideo für 10.500 Euro drehen lässt aber kein Geld für gute Schulsozialarbeit hat. Und die Grünen machen mit. Hier ist vieles aus dem Ruder gelaufen, das wir korrigieren möchten.

Integration ist auch verbunden mit einem weiteren drängenden Thema: Wie schaffen wir es als weltoffene Stadt, die Flüchtlinge zu integrieren?

MIKE JOSEF Die geflüchteten Menschen wollen hier Frieden finden – für ihre Kinder, ihre Familien. Das Wichtigste ist – und ich spreche aus eigener Erfahrung –, dass wir sie als Menschen annehmen. Nur dann können sie auch unsere Werte annehmen. Und wir müssen ihnen eine vielschichtige Perspektive geben. Sie brauchen ein Dach über dem Kopf und für die Kinder eine vernünftige Schulbildung, dass sie unsere Sprache lernen. Das ist der erste Schritt für ein selbstbestimmtes Leben. Dazu gehört aber auch Arbeit, damit die Menschen Teil des Ganzen werden und nicht in eine Parallelwelt laufen wie etwa in Frankreich, wo viele Migranten französisch sprechen, aber keine Jobs und keine Perspektive haben.

Das müssen wir verhindern indem wir dafür sorgen, dass alle – Einheimische und Flüchtlinge – ein gutes Leben auf Basis unserer Werte führen können. Es darf keine Sondersysteme oder Sonderbehandlungen geben. Dafür müssen wir natürlich Geld in die Hand nehmen. Integration und eine Stadtgesellschaft, die vom Zusammenleben geprägt ist und nicht vom Gegenüber, wird es nicht kostenlos geben. Ob wir das schaffen kann ich noch nicht sagen. Ich weiß nur, dass wir alles dran setzen müssen, es zu schaffen.

Das Interview mit Mike Josef führte Ansgar Dittmar, Vorsitzender des Kreisverbands der AWO Frankfurt



SPD

Als Spitzenkandidat für die Kommunalwahlen im März 2016 führt Michael zu Löwenstein die Frankfurter CDU in die Zukunft. Zehn Jahre lang bestimmte die schwarz-grüne Koalition die Politik der Stadt Frankfurt. AWO Vorsitzender Ansgar Dittmar sprach mit dem Fraktionsvorsitzenden über Bilanz und Ziele seiner Partei.

Was verstehen Sie unter der solidarischen Stadtgesellschaft?

MICHAEL ZU LÖWENSTEIN Eine Stadtgesellschaft besteht immer aus Starken und Schwachen; aus Menschen, die sich in ihrer Leistungsfähigkeit aus verschiedensten Gründen unterscheiden. Die Aufgabe der Starken ist es, ihre Möglichkeiten für die Unterstützung der nicht so Starken zu nutzen. Das tun sie aus moralischen Gründen, aber auch zur Selbsterhaltung. Denn jeder kann in die Situation kommen, die Hilfe anderer zu brauchen.

Frankfurt nimmt Geflüchtete mit einer guten Willkommenskultur auf. Welche Herausforderungen erwarten uns voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren?

MICHAEL ZU LÖWENSTEIN Im Moment sind wir mit enormen kurzfristigen Herausforderungen konfrontiert und können nur sehr beschränkt langfristige Pläne machen. In den letzten Monaten wären wir ohne Hilfsorganisationen wie die AWO verloren gewesen. Allein mit städtischen Möglichkeiten und der Hilfe organisierter Mitbürger hätten wir das nicht geschafft.



Michael zu Löwenstein, Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat der Frankfurter CDU.

In den nächsten Jahren müssen wir unser Bestes für die Menschen tun, die zu uns kommen. Wir hoffen, dass der Bürgerkrieg – gerade in Syrien – zu Ende geht und Menschen dort wieder in Frieden leben können. Ich bin mir sicher, dass dann ein ganz großer Teil der Geflüchteten zurück in die Heimat geht. In den 90er Jahren haben wir diese Erfahrung mit den Flüchtlingen aus den Balkankriegen gemacht.

Diejenigen, die bei uns bleiben, müssen wir besser integrieren, als wir es in den 60er Jahren geschafft haben. Wir müssen ihnen sehr schnell Deutsch auf einem guten Niveau beibringen, ihnen unsere Grundwerte und Grundregeln vermitteln. Wir müssen dafür sorgen, dass sie gut ausgebildet und in Arbeit gebracht werden. Dann können sie uns dabei helfen, die demographische Herausforderung zu bewältigen.

„Frankfurt als fruchtbarer Schmelztiegel ist unser großes Ziel“

Eine der größten städtischen Herausforderungen wird der Wohnungsbau sein. Die AWO überlegt, eine Baugenossenschaft zu gründen. Was sehen die Planungen der Koalition und der CDU vor?

MICHAEL ZU LÖWENSTEIN Mit den Wohnungsbaugenossenschaften haben Sie einen wesentlichen Kern getroffen; sie haben einen großen Beitrag zu leisten und wir versuchen, das weiter zu fördern. Das trifft nicht nur auf unsere eigene ABG-Holding und die Nassauische Heimstätte zu, sondern auch auf die mittleren und kleinen Wohnungsbaugenossenschaften.

Der größte Teil der Lösung ist aber, dass wir Bauland bereitstellen müssen. Unser Ansatz ist es, an bestehende Wohngebiete und erschlossene Gebiete anzudocken. Wir haben schon 16 neue Wohngebiete ausgewiesen, die in Bearbeitung sind. Wir fördern zudem eine maßvolle Verdichtung im Bestand, etwa durch Dachausbauten und eine neue Stellplatzsatzung.

Die Bebauung des Pfingstbergs halten wir für keine gute Idee. Ganz abgesehen davon, dass damit wertvolles Ackerland zubetoniert würde, ist das keine Lösung für den jetzigen Wohnungsbedarf. Die Erschließung würde ein Vermögen kosten und der Bau dauert zwischen 10 und 20 Jahren, das haben wir am Riedberg gesehen. Es ist viel sinnvoller, Wohngebiete in Frankfurt und in der Region an bestehenden Achsen des ÖPNV und Straßen zu entwickeln und auszubauen. Wenn sie etwa in Bad Vilbel in der Nähe der U- und S-Bahn bauen, sind die Leute schnell in Frankfurt.

Die Mietpreisbremse, die die CDU bundesweit im Programm hat und mit der SPD durchsetzte, wird auch in Frankfurt angewendet werden. In Hessen haben wir die Milieuschutzsatzung auf den Weg gebracht, um eine Ghettobildung zu vermeiden. Man denke an die warnenden Beispiele der Banlieues in Paris und Brüssel. Dazu machen wir in allen neuen Wohnbaugebieten oder bei städtebaulichen Verträgen 30 Prozent geförderten Wohnraum zur Bedingung.

Jährlich kommen viele junge Menschen und Familien nach Frankfurt. Dafür sind wir mit den Kindertagesstätten gut aufgestellt. Über die Bildungspolitik wird aber scharf diskutiert. Der grünen Dezernentin wirft man einen Sanierungsstau bei Bestandsbauten und einen Rückstand bei Neubauten vor ...

MICHAEL ZU LÖWENSTEIN Das ist Unsinn. Wir haben eine sehr gut funktionierende Schullandschaft. Ich möchte festhalten, dass wir bei den Kitas auf einem guten Weg sind, auch wenn der Bedarf noch immer nicht voll gedeckt ist. Immer mehr Familien möchten die Kinder relativ früh in die Kita geben, weil die Frauen wieder arbeiten möchten, was ich gut und richtig finde.

Bei den Schulen haben wir im Landes- und Bundesvergleich eine tolle Schullandschaft. Dass es an der einen oder anderen

Stelle einen Sanierungsbedarf im Baulichen gibt heißt nicht, dass es eine schlechte Schule ist. Wir haben in den letzten zehn Jahren eine Menge getan: Wir haben das erste Gymnasium seit 100 Jahren eröffnet. Wir haben Grundschulen neu gebaut. Wir haben jedes Jahr 90 Millionen Euro investiert und ein Sonderprogramm aufgelegt.

Den enormen Zuzug konnte niemand voraussehen. Wenn die Bevölkerung unerwartet schnell wächst hinkt die Infrastruktur, die sich nicht unmittelbar realisieren lässt, unvermeidlich hinterher. Aber wir reagieren sehr rapide darauf. Wir haben zwei weitere Gymnasien im Bau und zwei neue Gesamtschulen in der Planung. Es wird eng bleiben, aber es wird auch eine Menge getan.

Die AWO ist Träger der Schulsozialarbeit in der Ernst-Reuter-Schule II, aus deren Finanzierung das Land Hessen unlängst ausgestiegen ist. Gibt es einen Ansatz, wie man diese präventiv wirkende Schulsozialarbeit sichert?

MICHAEL ZU LÖWENSTEIN Dass Schulsozialarbeit wichtig und sinnvoll ist, daran gibt es überhaupt keine Zweifel. Das liegt nicht nur im Interesse der Kinder und Jugendlichen sondern der Gesellschaft überhaupt. Dort können auf günstige Weise Probleme gepackt werden, bevor sie im schlimmsten Fall in der Arbeitslosigkeit oder noch schlimmer vor dem Strafgericht enden.

Die bewährte und wertvolle Schulsozialarbeit in der Ernst-Reuter-Schule II (ERS) unterstützen wir. Durch die Neuordnung der Landesfinanzierung von Schulsozialarbeit sind in ganz Hessen 360 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Davon profitiert auch die ERS. Den Zuschuss für die ERS aus dem städtischen Förderprogramm „Jugendhilfe in der Schule“, den wir nach dem Wegfall der Landesmittel als freiwillige Leistung von 149.000 auf 154.000 Euro aufgestockt haben, wollen wir erhalten.

Kommunalpolitik ist Ehrenamt. Wie erhalten Sie sich den Spaß an dieser Arbeit?

MICHAEL ZU LÖWENSTEIN Das ist derselbe Spaß, den die meisten ehrenamtlich tätigen Menschen haben. Es macht Freude, etwas von dem abzugeben, was man bekommt und die Reaktionen der Menschen zu erfahren, die das zu schätzen wissen. Tatsächlich bekommt man mehr zurück als man gibt.

Wir stehen kurz vor der Kommunalwahl. Wenn Sie den Blick auf die letzten fünf Jahre zurückwerfen: Worauf sind Sie, auch in der Zusammenarbeit mit den Grünen, besonders stolz?

MICHAEL ZU LÖWENSTEIN Wir sind besonders stolz auf eine Stadt, die wirtschaftlich einfach toll dasteht; mit dem Ergebnis, dass wir eine rekordniedrige Arbeitslosigkeit haben. Wenn wir uns umsehen läuft es in Deutschland an vielen anderen Stellen auch ganz ordentlich. Aber wenn wir ins restliche Europa schauen und in Spanien eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent sehen, dann bin ich sehr stolz auf das, was wir hier geschafft haben. Das beruht natürlich nicht nur, aber auch auf städtischer Politik. Wir haben ein gutes Klima dafür geschaffen, dass Unternehmen hierher kommen, hier investieren und Arbeitsplätze schaffen. Das ist das Allerwichtigste, was Politik zu leisten hat.

Was ist Ihr Wunsch für die Zukunft?

MICHAEL ZU LÖWENSTEIN Unser Wunsch ist, dass wir das Erreichte erhalten und ausbauen. Unser Wunsch ist auch, dass wir es für den sozialen Frieden schaffen, die vielen Menschen, die zu uns gekommen sind und noch kommen, zu integrieren und zu einer wirklichen Stadtgesellschaft zu formen. Wir sind ja so schon eine der internationalsten Städte Deutschlands, mit dem allergrößten Anteil von Menschen aus anderen Kulturen und Völkern, die bereits heute die Mehrheit bilden. Da ist es eine große Herausforderung nicht nur einen gemeinsamen Nenner, sondern ein gemeinsames Ziel zu finden.

Das Ziel ist ein gemeinsamer Patriotismus für die Verfassungswerte, die uns zusammen binden, und daraus einen fruchtbareren Schmelztiegel der Frankfurter zu machen. Das ist unser großes Ziel.

Das Interview mit Michael zu Löwenstein führte Ansgar Dittmar, Vorsitzender des Kreisverbands der AWO Frankfurt

„Wir haben in Frankfurt viel bewegt“

Nach zehn Jahren schwarz-grüner Koalition im Römer ziehen die Grünen mit dem Fraktionsvorsitzenden Manuel Stock als einem der Spitzenkandidaten in den Wahlkampf. AWO-Vorsitzender Ansgar Dittmar sprach mit ihm über die Bilanz und Ziele der Grünen.

Die AWO steht unter dem Gedanken der „Solidarischen Stadtgesellschaft“. Wie sollte sich diese entwickeln?

MANUEL STOCK Wir Grüne kämpfen für eine chancengerechte Stadt für alle, unabhängig vom Alter oder der Lebenssituation – dazu gehören gute Kindertagesstätten, höhere Bildungschancen für alle bis hin zu einer lebenswerten Stadt für Seniorinnen und Senioren. Dazu gehört auch, dass Menschen, die neu nach Frankfurt kommen – etwa die Geflüchteten – von Anfang an alle Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben zur Verfügung haben.

Die Kitas sollen weiterhin ausgebaut werden. Wie steht es um die geplante zentrale Verteilung der Kinder auf die Einrichtungen?

MANUEL STOCK Mit der AWO, den Kirchen und anderen Trägern wurden stadtwweit seit 2011 über 10.000 Betreuungsplätze für 0 bis 12-jährige geschaffen. Das ist eine stolze Zahl. Zudem sind wir stolz darauf, dass wir in Frankfurter Kitas einen höheren Betreuungsschlüssel haben als alle anderen Kommunen in Hessen, was die Stadt aus dem eigenen Säckel bezahlt.

Kritikpunkt war aber immer die schwierige Anmeldesituation für die Eltern. Dafür gibt es jetzt seit Mitte Dezember das „kindernetfrankfurt“ – eine zentrale Anmeldeplattform. Eine zentrale Verteilung wollen wir ausdrücklich nicht, denn der persönliche Kontakt und damit auch „die Chemie“ zwischen Eltern und Einrichtungen ist wichtig.

Frankfurt hat eine hervorragende Willkommenskultur für Flüchtlinge. Wie kann Chancengerechtigkeit für Neuankömmlinge und Bürger dauerhaft sichergestellt werden?

MANUEL STOCK Dank guter Steuereinnahmen sind wir derzeit in der glücklichen Situation, dass wir neben den Aufnahmeeinrichtungen sehr viel mehr für Geflüchtete tun können als andere Städte. Wir haben etwa Sprachkurse, Dolmetscherdienste, die kostenfreie Nutzung der Büchereien und ein kostenloses Nahverkehrsticket für die erste Woche. Über das Gesundheitsamt wird die humanitäre Sprechstunde ausgebaut. Alle demokratischen Fraktionen im Römer tragen das mit, die Träger arbeiten gut mit der Stadt zusammen und die politischen Rahmenbedingungen stimmen.

Das Entscheidende wird sein, dass keine Frankfurterin, kein Frankfurter auf etwas verzichten muss, um das alles zu finanzieren. Wir sind gut aufgestellt, um die verschiedenen Nationalitäten und Kulturen gut und dauerhaft zu integrieren. Wir haben das Integrations- und Diversitätskonzept als Grundlage und mit 25 Jahren Amt für multikulturelle Angelegenheiten wissen wir, wie wir mit dem Thema umgehen. Mit knapp der Hälfte der Erwachsenen und Zweidrittel unserer Kinder mit Migrationshintergrund wird Vielfalt in Frankfurt bereits heute ganz selbstverständlich gelebt.

Die Stadt wächst. Wie wollen die Grünen künftig dem steigenden Wohnbedarf begegnen?

MANUEL STOCK Die Stadt ist seit der Kommunalwahl 2011 um über 50.000 Menschen gewachsen! Klar ist, wir brauchen mehr Bauland, hier haben wir in dieser Wahlperiode viele Baugebiete auf den Weg gebracht. Und es geht um die Frage was, wo und wie wir bauen. Wir brauchen unbedingt bezahlbaren Wohnraum. Das Problem reicht bis in die Mittelschicht.

„Für die Grünen macht eine solidarische Stadtgesellschaft aus, dass jede und jeder gerechte Chancen für ein selbstbestimmtes Leben hat.“

Wir sind stolz darauf, mit Olaf Cunitz als Planungsdezernenten die Wohnbaufördermittel mehr als verdoppelt zu haben. Zum ersten Mal wurde in Frankfurt der Abwärtstrend bei den Sozialwohnungen gestoppt. Die städtische ABG hat 37 Prozent geförderten Wohnraum, das ist bundesweit einmalig. Über städtebauliche Verträge muss die private Wirtschaft mittlerweile grundsätzlich 30 Prozent geförderten Wohnungsbau bereitstellen.

Bei dem Wohnen ist eine gute soziale Durchmischung sehr wichtig, die wir im Bestand auch noch haben. Wir sind für ein organisches Wachstum der bestehenden Stadtteile, wo schon eine Anbindung mit Bus und Bahn vorhanden ist. Neben geförderten Wohnraum braucht es 10 bis 15 Prozent genossenschaftliches Wohnen, wie wir es auf dem Kulturcampus verwirklichen. Sozialpolitisch ist für uns das energetische Bauen entscheidend. Was nützt eine niedrige Kaltmiete, wenn die Kosten für Energie und Wärme ständig steigen?

Die Grünen haben seit 1989 das Bildungsdezernat. Was ist in dem Vierteljahrhundert grüner Bildungspolitik in Frankfurt passiert?

MANUEL STOCK Bei der Kinderbetreuung sind wir auch in Bezug auf die gerechteren Startchancen hervorragend aufgestellt. Auch in den Schulen haben wir sehr viele Programme, um die Bildungschancen zu erhöhen, gerade für Kinder aus einem

benachteiligten Umfeld. Frankfurt ist sehr früh bei den Ganztagschulen eingestiegen, und das vor allem wegen der Förderung der Bildungsgerechtigkeit, aber auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für den Ausbau der Schulsozialarbeit bringt die Stadt enorm viel Geld auf. Damit haben wir in den letzten Jahren die Zahl der Schüler ohne Schulabschluss um die Hälfte gesenkt.

Wir haben allein seit 2006 über 1 Milliarde Euro in die Sanierung und den Bau von Schulen investiert. Wir wissen, dass da noch viel zu tun ist. Wie in allen wachsenden Großstädten müssen die Gründerzeithäuser und die Bauten aus den siebziger Jahren jetzt saniert werden. Und wir müssen wegen der stark anwachsenden Schülerzahlen neue Schulen bauen.

Als Träger der Schulsozialarbeit der Ernst-Reuter-Schule fragt sich die AWO, was die Stadt in Anbetracht der Kürzungen von Geldern durch die Landesregierung für unser Angebot tun kann?

MANUEL STOCK Ich war selbst Schüler an der Ernst-Reuter-Schule und habe die Sozialarbeit dort genossen. De facto nimmt die Stadt im Jahr über 7 Millionen Euro für Schulsozialarbeit in die Hand und das Land Hessen hat Frankfurt mit nur 85.000 Euro unterstützt – und zwar allein für die Schulsozialarbeit der Ernst-Reuter-Schule II. Aus unserer Sicht müsste das Land hier stärker in die Verantwortung gehen. Stattdessen hat der Landesrechnungshof ein Veto eingelegt. Das Bildungsdezernat hat versucht, zwischen Schulleitung, Träger und dem Land Hessen zu vermitteln. Wir haben da keinerlei Handhabe, so ehrlich muss man sein.

Die Grünen wollen, dass alle Schulen Schulsozialarbeit bekommen. Da sind wir als Stadt gut vorangekommen. Angefangen von allen Schulen mit Hauptschulzweig, fast allen mit einem Realschulzweig und vielen Förderschulen. Wir wissen, das braucht es auch an Gymnasien und insbesondere an den Grundschulen.

Welches Fazit ziehst Du zur Kommunalwahl, zumindest über die letzten 5 Jahre schwarz-grüner Koalition?

MANUEL STOCK Ein überwiegend Positives, was sicherlich nicht überrascht. Wir haben eine Bilanzbroschüre vorgelegt, die zeigt, was wir alles erreicht haben und bis zur Wahl noch umsetzen. Angefangen bei der Ökologie: Wir haben einen Masterplan, wie Frankfurt bis 2050 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien versorgt werden soll. Die Stadt hat viele Grünflächen hinzugewonnen, es gibt einen klaren Fokus auf Radwege und beim ÖPNV auf den Ausbau barrierefreier Haltestellen.

Wir haben gerade die Zusammenarbeit mit dem Klinikum des Main-Taunus-Kreises verabschiedet und sichern damit das städtische Klinikum Frankfurt Höchst als Maximalversorger. Den beschlossenen Neubau der Klinik – die erste Passivhaus-

linik in Deutschland – finanziert hauptsächlich die Stadt.

Als der Bund 2012 weitgehend aus der Arbeitsmarktförderung ausstieg, haben wir das mit dem Frankfurter Arbeitsmarktprogramm kompensiert. Bei den Investitionen in die Bildung – baulich und pädagogisch – haben wir eine ganze Reihe von Erfolgen erkämpft. Und wir haben im letzten Haushalt noch mal die Mittel für den Frankfurt Pass erhöhen können. Die „Frühen Hilfen“ konnten wir um die Baby-Lotsen erweitern. Gemeint sind Unterstützungssysteme für junge Familien in einer schwierigen Lage. Damit beugen wir der Kindesfrühgefährdung vor.



Manuel Stock, Fraktionsvorsitzender und einer der Spitzenkandidaten der Grünen im Römer.

Unser Fazit ist also ein sehr positives – gerade was das gesellschaftliche Zusammenleben betrifft. Die Stadt geht mit den Geflüchteten, aber auch generell mit Vielfalt gut um. Mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transgender sind wir gerade einen großen Schritt vorangekommen.

Das sind nur einige Beispiele. Insgesamt sind wir durchaus zufrieden, wissen aber auch, dass wir noch nicht alles umgesetzt haben. Wir haben jedoch wichtige Meilensteine für die Zukunft gesetzt und klar gemacht: Grün steht für die Lebensqualität und Chancengleichheit für alle Frankfurterinnen und Frankfurter.

Welche Chancen gibt der „grüne Urenkel“ eines großen Sozialdemokraten einer rot-grünen oder grün-roten Zusammenarbeit in Frankfurt?

MANUEL STOCK Das wird das Ergebnis am 6. März zeigen. Wir gehen wie in den vergangenen Jahren ohne eine Koalitionsaussage in den Wahlkampf. Klar ist, dass wir erfolgreich mit der CDU zusammenarbeiten. Nach der Wahl schauen wir, mit wem wir am besten eine grüne Politik umsetzen können – mehrheitsmäßig und inhaltlich. Das wird sicherlich spannend.

Das Interview mit Manuel Stock führte Ansgar Dittmar, Vorsitzender des Kreisverbands der AWO Frankfurt

„Das Soziale muss Kern der neuen Stadtpolitik sein“

Aktuell hat Die Linke im Frankfurter Römer sieben Mandate. Für 2016 strebt die Partei ein deutlich höheres Wahlergebnis an. Dafür soll Spitzenkandidatin Dominike Pauli sorgen, die Fraktionsvorsitzende im Römer. Der AWO Vorsitzende Ansgar Dittmar befragte sie zu Themen der Stadtpolitik.

Die AWO Frankfurt steht für die solidarische Stadtgesellschaft. Wie stellen Sie sich eine solche Stadtgesellschaft vor?

DOMINIKE PAULI Ich beginne mal, wie ich sie mir nicht vorstelle. Nämlich so wie in Frankfurt, wo die eine Hälfte der Bevölkerung laut dem „Bericht der Stadt zur sozialen Segregation und Benachteiligung in Frankfurt am Main“ in benachteiligten Stadtbezirken wohnt und die andere Hälfte in privilegierten. Daran kann man erkennen, dass die Spaltung relativ stark ist.

Wie kann man durch die Politik bezahlbaren Wohnraum schaffen?

DOMINIKE PAULI Wir haben die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding. Da muss dringend ein Umdenken in der strategischen Ausrichtung passieren. Die Gewinne der ABG haben sich seit 2005 von 2 Millionen auf 68 Millionen im Jahr 2014 entwickelt. Sie könnte also die Mieten einfrieren und Wohnungen auch nach Auslaufen der Sozialbindung preiswert vermieten, ohne sich zu ruinieren. Denn die primäre Aufgabe der ABG ist es, Wohnungen zu schaffen für die, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben.

1994 gab es in Frankfurt 58.994 Sozialwohnungen bzw. geförderte Wohnungen. Heute sind es gerade noch 27.535. Die Stadt hat sich quasi aus dem sozialen Wohnungsbau herausgezogen, das muss sich ändern. Frankfurt muss hier gezielt investieren.

Wo sehen Sie neue Wohnungen entstehen?

DOMINIKE PAULI Der Wohnungsbau darf nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, für die wir bauen wollen, indem wir z. B. in Siedlungen die Grünflächen oder Kleingärten zubauen. Frankfurt hat nur eine endliche Fläche. Wir müssen überlegen, ob man menschenwürdig und attraktiv in die Höhe gehen kann. Aber wir müssen auch hierbei regional denken und das Umland mit einbeziehen.

Was die aktuelle Bebauung anbelangt bin ich erst einmal für eine behutsame Nachverdichtung. Das Dachausbau-Programm oder die Aufstockung von Gebäuden mit Flachdächern war eine gute Idee, da kann man weiter dran arbeiten. Wichtig ist es, die Menschen zu beteiligen, Widerstand gegen Bauprojekte anzusprechen und gemeinsam mit den Betroffenen Lösungen zu erarbeiten. Also ein demokratischer und partizipativer Wohnungsbau.

Nach den schlechten Erfahrungen aus den 70er Jahren plant man nun vermehrt Luxuswohnhochhäuser. Ist das das richtige Mittel?

DOMINIKE PAULI Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum und keine weiteren Luxuswohnungen. Aber wenn schon Luxuswohnhochhäuser gebaut werden, fordert die LINKE einen Anteil von 30 Prozent an Sozialwohnungen.

Wohnen im Hochhaus kann attraktiv sein, so dass Menschen viel Geld dafür zu zahlen bereit sind. Die Qualität des Gebäudes muss dafür stimmen. Wenn man Wohnhäuser billig hochzieht um möglichst viele Menschen unterzubringen, entwickeln sich soziale Brennpunkte. Qualitätsvolle Architektur, am Menschen ausgerichtet, bezahlbar und mit einer guten Mischung der Bewohner ist die beste Garantie.

Im Europaviertel haben wir Quadratmeter-Kaltmieten von 15 bis 17 Euro und Quadratmeterpreise von 6.000 Euro und drüber. Ist diese Entwicklung in Anbetracht einer Gentrifizierung des Gallusviertels oder auch im Ostend gefährlich?

DOMINIKE PAULI Klar ist die gefährlich. Nicht nur im Gallus und Ostend, auch im Bahnhofsviertel, im Nordend und Bornheim. Wenn weitere Unternehmen mit gut bezahlten Mitarbeitern nach Frankfurt kommen, wird die Konkurrenz um Wohnraum schärfer. Ärmere Menschen ziehen in Gegenden, die billiger sind. Hingegen gibt es Stadtviertel, in denen kaum jemand lebt, der unterhalb von 2.500 Euro netto verdient. Es ist eine brandgefährliche Entwicklung, weil das die Segregation in der Stadt verstärkt.

Bei einem jährlichen Zuzug von ca. 15.000 Menschen plus den Flüchtenden, die nach Frankfurt kommen: Wie schaffen wir eine gute Integrationsleistung für die neue Bevölkerungsgruppe, ohne einen Verdrängungswettbewerb zu organisieren?

DOMINIKE PAULI Wir müssen ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen und dürfen nicht am Mindestlohn rütteln.

Wie schaffen wir es, diese in der Stadtgesellschaft einzubinden und zugleich Befürchtungen zu begegnen, dass sich durch viele Neu-Frankfurter aus anderen Ländern die Stadt verändert?

DOMINIKE PAULI Die Befürchtung teile ich nicht. In Frankfurt leben schon lange viele Menschen aus vielen verschiedenen Herkunftsländern gut zusammen. Das ist die beste Voraussetzung für Integration. Je schneller die Menschen die Sprache sprechen und Bildungsabschlüsse nachholen können umso besser. Das ist die Aufgabe der Kommunalpolitik.

Auch über die Wirtschaftsförderung, die IHK usw. von Anfang an aktiv Möglichkeiten zu suchen, die Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Viele Unternehmen in Frankfurt klagen doch über mangelnde Fachkräfte. Jetzt ist die beste Gelegenheit, Menschen zu qualifizieren und so den Mangel zu beheben. Ansonsten sehe ich die kulturelle Bereicherung. Ich denke, dass wir mit den Flüchtlingen auf die Dauer gut zusammen leben können.

Seit 26 Jahren grün geführt: Gibt es etwas an der grünen Bildungspolitik zu loben?

DOMINIKE PAULI Eindeutig nein. 26 Jahre grüne Bildungspolitik und wir haben viele marode Schulen. Zum Beispiel gab es eine Turnhalle, wo durch die Scheibe eine Brombeerhecke wuchs. Ich habe Tafeln gesehen, die waren so bröckelig, dass man keinen geraden Strich ziehen kann. Allein für den baulichen Zustand der Schulen muss sich die Stadt Frankfurt in Grund und Boden schämen.

Auch inhaltlich – der Schul-Entwicklungsplan ist lange Jahre nicht erstellt worden. Es findet nur noch Krisenbewältigung statt. Wenn es irgendwo dringend notwendig ist, dass ein Politikwechsel

stattfindet, dann in der Bildungspolitik. Weder die vorige noch die jetzige Dezerentinnen sind ihrer Aufgabe gewachsen. Wir haben eine Bildungslandschaft in einer so reichen Stadt, die wirklich unterirdisch ist. Und was jetzt an zusätzlichen Geldern für den „Aktionsplan Schule“ bewilligt wurde ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Und das kam auch erst nach massiven Protesten von Eltern und SchülerInnen.

Die Spaltung der Stadt wird auch mit der Bildungspolitik verschärft: Das Westend bekommt sein fünftes Gymnasium, der Frankfurter Westen zum Beispiel bleibt bildungspolitisch abgehängt.

Die AWO ist Trägerin der Schulsozialarbeit an der Ernst-Reuter-Schule. Wie schaffen wir es, angesichts der hohen Integrationsleistung, Schulsozialarbeit an den Schulen zu implementieren und zu finanzieren?

DOMINIKE PAULI Die Stadt Frankfurt hat ihren Haushalt 2014 mit einem Plus von 209 Millionen Euro abgeschlossen.

Darüber, dass das neue Disney-World auf dem Römerberg 36 Millionen Euro mehr kostet als ursprünglich geschätzt, verliert Schwarz-Grün kein Wort. Wie lange könnte man die Schulsozialarbeit etwa an der Ernst-Reuter-Schule mit 36 Millionen finanzieren? Wahrscheinlich bis in alle Ewigkeit.

„Solidarische Stadtgesellschaft bedeutet für mich eine Stadt für alle; eine Stadt, die nicht gespalten ist in Arm und Reich.“

Es muss eine Umverteilung stattfinden. Die Stadt Frankfurt muss dem Sozial- und dem Bildungsbereich deutlich mehr Geld geben. Schulsozialarbeit ist die beste Investition in die Zukunft. Für schwarz-grüne Prestigeobjekte wie das Romantikmuseum sind immer noch ein paar Millionen frei, aber die Bibliotheksgebühren sollen erhöht werden.

Wie bewerten Sie die vergangenen fünf Jahre schwarz-grüne Politik?

DOMINIKE PAULI Es war reine Klientelpolitik für ihre potentielle Wählerschaft. Es ist viel Geld in Prestigeobjekte gegangen und Geld ist dort gespart worden, wo ihre Klientel nicht sitzt. Das muss sich ändern.

Und ein Blick in die Zukunft: Was ist Ihr Wunsch für Frankfurt in den nächsten fünf Jahren?

DOMINIKE PAULI Ein Politikwechsel. Eine geänderte Politik, die das Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft als Problem erkennt und dagegen steuert. Das Soziale muss Kern der neuen Stadtpolitik sein.

Das Interview mit Dominike Pauli führte Ansgar Dittmar, Vorsitzender des Kreisverbands der AWO Frankfurt



Dominike Pauli, Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin der Linken im Frankfurter Kommunalwahlkampf.

Das kommt durch extrem hohe Mieten, einen teuren ÖPNV und die Einkommen sind nicht so hoch wie man denkt. Neben Spitzenverdienern gibt es nämlich viele Menschen, die sehr wenig oder durchschnittlich verdienen. Das sieht man auch an der relativ hohen Anzahl von verhängten Stromsperrern. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum und die ÖPNV Preise müssen runter. Wir sind mittelfristig für die Reduzierung der Fahrpreise und langfristig für einen Einstieg in den Nulltarif.

Kita Adlerwerke – eine bunte Welt im Gallus

Kräftig-leuchtende, bunte Farben auf den Böden weisen den Weg zu den Räumen der Krippen- und Kindergartengruppen. Geht man vom Eingang in Richtung Krippenbereich befindet man sich just in einem kleinen Wald, gezaubert aus einer Bildtapede, Sitzkissen und –rollen im Design von Baumstämmen, in dem Kinder kuscheln und rumtoben.

Diese Idee stammt von Dieter Franke, dem Leiter der Kindertagesstätte Adlerwerke: „Wir haben hier einige Fototapeten mit verschiedenen Naturmotiven. Damit haben wir für die Kinder einen Kontrast zu der urbanen Umgebung geschaffen.“ Gelesen zwischen Adlerwerken und Galluspark gleicht die Kita einer kleinen Oase inmitten des städtischen Häusermeers.

DIE KITA ALS SCHMELZTIEGEL

Vor ziemlich genau einem Jahr hat die Kita Adlerwerke ihre Türen für Kinder aus dem „alten“ und „neuen“ Gallus geöffnet. Hier durchmischen sich viele Kulturen und auch soziale Schichten. „Unsere Vielfalt ist so bunt wie unsere Gruppennamen. Als Kindertagesstätte sind wir ein Schmelztiegel“, erzählt Dieter Franke. „Hier treffen Eltern zusammen, die sonst nirgendwo miteinander in Kontakt kommen würden.“

Als vormaliger Leiter der AWO Kita Europagarten hat Dieter Franke jede Menge Erfahrung mit allen Themen einer multikulturellen, sozial durchmischten Kita:

„Im Europagarten werden Kinder aus 15 Nationen betreut, hier sind es sogar noch mehr.“ So unterschiedlich wie die Herkunft der Familien, so unterschiedlich sind auch die Erwartungen der Eltern an die Pädagogik und vorschulische Förderung. Den meisten Eltern ist es besonders wichtig, dass ihr Kind in der Kita gut deutsch lernt.

Völlig unkompliziert gehen die Kinder mit den Sprachen und Kulturen um. Während sie zu Hause ihre Muttersprache sprechen, lernen sie in der Kita durch die Erzieherinnen und Erzieher ganz intuitiv deutsch. In der Kommunikation untereinander entsteht auch gerne einmal ein Sprach-Mischmasch, etwa aus rumänisch und türkisch.

ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER GESUCHT!

Platz ist hier für 90 Kinder von zehn Monaten bis sechs Jahren. Anfang Dezember 2014 zogen die ersten vier Kinder ein.



Fototapeten bringen Naturbilder aus der ganzen Welt in die multikulturelle Kita.

Heute sind die drei Kindergartengruppen komplett. Im Januar 2016 macht die zweite Krabbelgruppe auf. Dieter Franke sucht noch Erzieherinnen und Erzieher, um dann im Laufe des nächsten Jahres die dritte Krabbelgruppe zu füllen.

Seit bald zehn Jahren gehört Dieter Franke zum AWO-Team. Er liebt die Abwechslung, die seine Arbeit mit Kindern, Eltern und Mitarbeitern in Verbindung mit organisatorischen Aufgaben mit sich bringt. Und er baut gerne etwas Neues auf. Die Kita Adlerwerke hat ihn gereizt, weil er

ein neues und dazu noch so großes Haus eröffnen konnte und weiterentwickeln kann. Insgesamt 950 Quadratmeter mit einem großzügigen Außengelände stehen Kindern und Erziehern hier zur Verfügung.

Martina Scheer



Dieter Franke
Einrichtungsleiter Kita Adlerwerke
Tel.: 069 / 64350145
dieter.franke@awo-frankfurt.de

Frischer Wind im Jugendhaus Gallus



GALLUS: Das Ergebnis des Graffiti-Workshops ist eine Hommage an den Stadtteil.

„Go Gallus! Kreative“ heißt der Kunst-Workshop, an dem Jugendliche des Jugendhauses Gallus seit Sommer im Günes Theater mitwirkten. Kurz vor Weihnachten präsentierten sie dort vor Publikum das schöpferische Programm mit Tanz, Theater, Gesang, einer Band und mehr. Ein weiterer „Renner“ war der Graffiti-Workshop, bei dem Jugendliche aus der Siedlung gemeinsam mit geflüchteten Jugendlichen den äußeren Eingangsbereich des Jugendhauses neu gestalteten.

Aus den umliegenden Übergangsunterkünften besuchen junge Flüchtlinge das Jugendhaus Gallus. Die Integration in den Normalbetrieb für Jugendliche im Alter von 13 bis 21 Jahren gelingt trotz Sprachbarrieren gut, aber eine pädagogische Jugendarbeit ist wegen der kurzen Aufenthaltsdauer nicht möglich.

Tanzprojekte, Ballsport und Fitnessstraining, Schreiner in der Holzwerkstatt, ein Computerraum, Kochprojekte, Kicker,

Kino und Billard – das Angebot der offenen Jugendarbeit kann sich sehen lassen. Viele kommen auch her, um ihre Hausaufgaben zu machen, auf Wunsch mit Betreuung. Die Berufsberatung und Bewerbungshilfe hat schon einigen zu einem Ausbildungsplatz verholfen.

EIN TEAM MIT PFIFF

Latif Yasin arbeitet seit vielen Jahren im Jugendhaus und kennt die Themen der Jugendlichen „aus dem Effeff“. Als interkultureller Kommunikator kann er bei verschiedenen Problemlagen der Jugendlichen kompetent vermitteln. Seit Mai 2015 gehört die Sozial- und Tanzpädagogin sowie Fitness-Trainerin Dominique Burkert zum Team. Mit ihren Kenntnissen bereichert sie das Jugendhaus mit Sport- und Tanzprojekten. Ganz neu dabei ist Thore Detsch. Er kommt vom Teenie Club Praunheim und hat die Schwerpunkte Erlebnissport und Handwerk. Für gemeinsame Kanufahrten will er die Kooperation mit dem Jugendhaus Hausen auffrischen.

UNTERM DAMOKLESSCHWERT

„Das Team im Jugendhaus Gallus macht eine tolle Arbeit. Die Sporthalle wird sehr gut genutzt, die sportpädagogischen Angebote kommen gut an. Es gibt viele

Kulturprojekte und das Jugendhaus ist im Stadtteil gut vernetzt“, schwärmt Sandra Agel, Leiterin der Jugendabteilung. „Aber der geplante Abriss schwebt wie ein Damoklesschwert über uns. Wir brauchen eine Nachfolgeeinrichtung, sonst gehen uns die Jugendlichen verloren. Das wäre sehr problematisch. Für das Gallus ist die offene Jugendarbeit extrem wichtig und die kann nicht auf der Straße stattfinden.“

„Uns liegt noch nichts Schriftliches vom Jugendamt vor. Dass es mit dem Jugendhaus weitergehen soll scheint klar zu sein, aber wir wissen nicht wann, wo und wie“, berichtet Johannes Frass, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der AWO. Er war es, der eine Ausstellung des Deutschen Bundestages ins Jugendhaus holte – zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Ulli Nissen und Oberbürgermeister Peter Feldmann. Die Ausstellung wurde von Schulklassen aus der ganzen Stadt besucht.

Martina Scheer



Sandra Agel
Abteilungsleiterin Jugend
Tel.: 069 / 298901-611
sandra.agel@awo-frankfurt.de





„Wir wollen keine Gesellschaft,
die an den Grenzen auf Menschen schießt.

Wir wollen nicht von Hasspredigern und
Demagogen gegeneinander ausgespielt werden.

Wir wollen ein weltoffenes und buntes Frankfurt für alle.

Wir wollen eine solidarische Stadtgesellschaft.

**Nutzen Sie Ihre Stimme und gehen Sie am
6. März wählen. Wählen Sie demokratisch!“**

**Ansgar Dittmar,
Vorsitzender der AWO Frankfurt**

**Kommunalwahl am 6. März 2016.
Ihre Stimme. Ihre Verantwortung.**





Kinder besuchen das Grab von Alfred Marchand

Für die meisten Hort-Kinder aus dem Alfred Marchand-Haus war es das erste Mal, dass sie einen Friedhof betraten. Jedes mit einer Rose in der Hand machten sie sich auf dem Frankfurter Hauptfriedhof mit den Erzieherinnen und Erziehern auf den spannenden Weg zum Grab des Namensgebers ihrer Kita. Fasziniert betrachteten sie die Fotos auf den Grabsteinen und rechneten aus, wie alt die Menschen geworden sind. Es tauchte die Frage auf, ob in den Familiengräbern tatsächlich Platz genug für alle sei. Das verwilderte Grab von Alfred Marchand und seiner Frau erregte sogleich ihr Mitgefühl. Flinke Kinderhände wischten es sauber und die Rosen fanden ihren Platz.

„Vor dem Besuch des Grabes haben wir mit den Kindern in dem Buch über Alfred Marchand gelesen. Sie wussten, dass er sich sehr für die Kinder in der Karl-Kirchner-Siedlung, in der er selbst gelebt hat, einsetzte“, erzählt Hausleiterin Iris Honikel. „Natürlich haben wir vor dem Friedhofbesuch über das Sterben gesprochen und darüber, wie Menschen in den verschiedenen Kulturen bestattet werden. Der mystische, ruhige Ort hat den Kindern viel gegeben.“

Seither pflegen einige Kinder mit Erzieher Georgios Comsis alle sechs Wochen das Grab von Alfred Marchand. Die Idee kam von Henning Hoffmann von Seiten der

AWO Geschichtswerkstatt und von Klaus Roth, stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Kindertagesstätten. „Wir waren gleich von dem Projekt angetan“, sagt Iris Honikel. „Georgios Comsis und Katharina Kupka aus unserem Team haben sich intensiv bei der pädagogischen Begleitung engagiert.“

Martina Scheer



Iris Honikel
Leiterin Alfred Marchand-Haus
Tel.: 069 / 540116
iris.honikel@awo-frankfurt.de

Das Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum wappnet sich für die Zukunft

Die weitreichenden Neuregelungen des Pflege-Stärkungsgesetzes deuten eine weiterhin angespannte Situation für die stationäre Altenpflege an. Der Fachkräftemangel, die vorhandenen Überkapazitäten, aber auch die in die Jahre gekommene Bausubstanz des ältesten Gebäudes stellen bereits heute eine konstante Herausforderung für den Betrieb unserer Einrichtung dar. Dieser möchte sich das Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum durch Sanierung des Gebäudedetails A und den Abbau von Pflegeplätzen stellen.

KONKRETE PLANUNGEN FÜR DIE SANIERUNG

Vorgesehen sind die Instandsetzung der Südfassade zum Sommerhoffpark und die Modernisierung der Zimmer und Flure dieses Hauses. Geplant sind neue Fenster und eine neue Dämmung. Neben der Erneuerung der Wand- und Bodenbeläge der Zimmer wie der Flure sollen die Heizungs- und Wasserleitungen ersetzt werden. Die Zimmer werden zu attraktiven Einzelzimmern mit Main- und Parkblick saniert. Aufgrund der laufenden Bauplanung kann noch kein exakter Baubeginn genannt werden. Festes Ziel ist es aber, im Jahr 2016 zu beginnen.

Während der Bauphase wird den Bewohnern selbstredend ein Ausweichzimmer im Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum

angeboten werden. Durch die Sanierungsmaßnahmen wird das Gebäude A ein zukunftsweisendes, schönes Wohnambiente bieten.

NEUGESTALTUNG DER AUSSENANLAGE DANK SPENDEN

Durch Spendenmittel entstand bereits 2015 im Innenhof eine neue Sonnenterrasse für unsere Heimbewohner und ein Senioren-Fitness-Bereich mit wetterfesten Fitnessgeräten am Walter-Hesselbach-Haus. Wir hoffen auf weitere Spenden, um mit der Gestaltung der Außenanlagen sukzessive fortzufahren zu können.

Bedingt durch Überkapazitäten im Ballungsraum Frankfurt, kann das Raumangebot der Einrichtung seit Jahren nicht mehr mit pflegebedürftigen Heimbewohnern voll ausgelastet werden. Durch die Perspektiven GmbH der AWO Hessen-Süd werden daher seit geraumer Zeit minderjährige Flüchtlinge anstelle von pflegebedürftigen Senioren im ehemaligen Wohnbereich des Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrums betreut.

SENIOREN UND GEFLÜCHTETE IN GUTER NACHBARSCHAFT

Mit Blick auf die politische Diskussion um die zunehmenden Flüchtlingsbewegungen



Die sanierte Fassade von Haus A in Richtung Innenhof.

können wir aufzeigen, dass die Nachbarschaft von pflegebedürftigen Senioren und jungen Flüchtlingen in unserer Einrichtung in den vergangenen Jahren gut funktioniert hat. Mit dieser Erfahrung können wir guten Gewissens die freistehenden Pflegeplätze bündeln und den gewonnenen Raum der Perspektiven GmbH zur Flüchtlingsbetreuung anbieten.

In der Diskussion ist etwa eine Wohngruppe für junge anerkannte Flüchtlinge, die bereits über gute Deutschkenntnisse verfügen und eine Bleibeperspektive in Deutschland haben. Vorstellbar ist, durch bereitgestellte Ausbildungsplätze in der Altenpflege zur Integration dieser Men-

schen beizutragen und gleichzeitig dem Fachkräftemangel in der Altenpflege entgegenzuwirken. Mit den geplanten Maßnahmen, aber auch durch neue Konzepte zur Betreuung besonderer Bewohner-Gruppen, wird sich das Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum für die Zukunft wappnen.

Stefan Merle



Stefan Merle
Stellvertretender Zentrumsleiter
Johanna-Kirchner-Altenhilfezentrum
Tel.: 069 / 27106-119
stefan.merle.jka@awo-frankfurt.de



Weil ich auch im Alter selbstbestimmt leben möchte...

Altenhilfe und Altenpflege bei der AWO FFM
Ambulante Pflegedienste | Kurzzeit- oder Tagespflege

Tel.: 069 298 901 0
www.awo-frankfurt.de



Eine ganze Weile suchte die Soziologie-Studentin Myrella Dorn nach einem passenden Job. Er sollte etwas mit ihrem künftigen Beruf zu tun haben und ihre sozialpädagogischen Erfahrungen erweitern. Eine Arbeit, von der man mit der Gewissheit nach Hause kommt, Menschen helfen zu haben. Schließlich stieß sie auf das Angebot der AWO und wusste: „Das ist der perfekte Job für mich.“ Als Hallenkoordinatorin arbeitet sie jetzt im Team von Petra Fischer-Thöns in der Fabriksporthalle in Fechenheim, einer Notunterkunft für Flüchtlinge.

20 Stunden pro Woche kümmert sie sich darum, dass in der Halle alles gut läuft. „Von kleinen Problemen wie ich brauche ein Deo bis hin zu Gesprächen mit Menschen, die einfach mal ihr Herz ausschütten möchten, bin ich für alles zuständig“, erzählt Myrella Dorn. Sie hat im Blick, dass die Kinder gut beschäftigt und alle ehrenamtlichen Helfer ausgelastet sind. Betten müssen aufgebaut, die Kleiderkammer betreut, Wäsche gereinigt und Handtücher aufgefüllt werden. Wichtig ist die Begleitung zu Arztterminen.



Myrella Dorn und ihr perfekter Job

VERTRAUEN IST DAS A UND O

„Die Ankunft neuer Flüchtlinge ist etwas total Berührendes, weil sie gerade von der Flucht kommen“, weiß Myrella Dorn. „Man ist die erste Kontaktperson, die sie hier sehen.“ Wichtig ist ihr, dass ein Vertrauensverhältnis entsteht. „Es gibt natürlich immer Flüchtlinge, die einem

besonders an Herz wachsen. Dazu gehört für mich ein kleiner behinderter Junge. Wenn ich mich mit ihm beschäftige blüht er so richtig auf. Und wenn ich mit ihm zum Arzt gehe hat er keine Angst, nur weil ich dabei bin.“

„In der letzten Gruppe waren viele Akademiker. Sie wollten schnell viel lernen und einen Mehrwert für die Gesellschaft leisten. Da kam mir die Idee, mit ihnen die Frankfurter Uni zu besuchen“, erzählt die Studentin. „Sie waren ganz glücklich darüber. Jetzt bin ich mit der Uni-Leitung in Kontakt, um für die „AWO-Flüchtlinge“ ein Kontingent in einem Programm zu verhandeln, bei dem der Einstieg an die Uni erleichtert wird.“

THEORIE UND PRAXIS ZUSAMMENBRINGEN

Myrella Dorn ist seit zwei Jahren als Vorsitzende im Vorstand der Jusos in Frankfurt engagiert. Ihre Steckepferde sind die Hochschul-, Frauen- und Gesellschaftspolitik, bei der es häufig um Fragen der Integration geht. „Es gibt mir viel, nicht nur theoretisch zu debattieren.

Bei meiner Arbeit lerne ich ganz praktisch die Bedürfnisse der Geflüchteten kennen und wie Flüchtlingsarbeit funktionieren soll“, erklärt sie. „Daran geht die Politik oftmals vorbei.“

Doch die Willkommenskultur in Frankfurt findet Myrella Dorn richtig gut: „Frankfurt leistet politisch und auf der sozialen Ebene eine sehr gute Arbeit für Geflüchtete. Hier trifft man auf viel Toleranz und findet keine negative öffentliche Stimmungsmache“, sagt sie. „Die Flüchtlinge, mit denen ich in Kontakt bin, fühlen sich in Frankfurt sehr wohl und wollen meist nicht weg. Ich finde, darauf können wir FrankfurterInnen stolz sein.“

Martina Scheer



Petra Fischer-Thöns, Abteilungsleiterin Soziale Dienste bei der AWO, packt mit an.



ANMERKUNG DER REDAKTION:

Die Fabriksporthalle wurde nach Redaktionsschluss vom Land Hessen an das Sportamt der Stadt Frankfurt zurück gegeben. Die AWO braucht weiterhin HelferInnen für die Arbeit mit Flüchtlingen.

Flüchtlingsprojekt der AWO ausgezeichnet

„Herzlich Willkommen!“ wurde beim Bundesparteitag der SPD im Dezember 2015 in Berlin mit dem Wilhelm-Dröscher-Preis ausgezeichnet. Das Freiwilligenprojekt der AWO Ehrenamtsagentur erhielt den dritten Platz in der Kategorie „Miteinander Leben“, der mit 1.000 Euro dotiert ist.

Die AWO Ehrenamtsagentur informierte mit einem multimedialen Messestand und einem Bühnenprogramm beim Bundesparteitag über ihre Arbeit. „Herzlich Willkommen!“ schenkt Geflüchteten – zusätzlich zu hauptamtlichen Leistungen – durch begleitete und geführte Freiwilligenarbeit in Sport, Kultur und Bildung ein Mehr an Zuwendung und Hilfestellung. Damit werden sie schneller in die Lage versetzt, sich in der neuen Heimat zurechtzufinden. In 2015 qualifizierte das Projekt durch Seminare über 750 Teilnehmer. Mehr als 350 aktive Freiwillige unterstützten über 800 Geflüchtete.

Der „Wilhelm-Dröscher-Preis“ wurde 1982 erstmals verliehen. Wilhelm Dröscher

war Landtags- und Bundestagsabgeordneter sowie SPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und des Präsidiums sowie Schatzmeister der SPD. Als Europaabgeordneter und Präsident der Europäischen Sozialisten engagierte er sich bis zu seinem Tod im Jahr 1977 für ein einiges, gerechtes und friedliches Europa.

FÖRDERUNG DURCH DEN AWO BUNDESVERBAND

„Mit „Herzlich Willkommen!“ sind wir auch eine von zehn Koordinierungsstellen, die durch das Bundesprojekt „Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge in der AWO“ mit einer zusätzlichen halben Stelle gefördert werden“, berichtet Pilar Madariaga, Managerin der AWO Ehrenamtsagentur. „Außerdem haben wir Mittel erhalten, um zwei Kleinprojekte mit jeweils 3.000 Euro zu unterstützen.“ Geplant ist eine App für Geflüchtete, die gleich für die ersten Tage nach der Flucht eine Orientierung bietet,



Begeisterung pur: Das AWO-Team nimmt die Auszeichnung für „Herzlich Willkommen!“ entgegen.

damit sie hier in Deutschland besser zu recht kommen. Das Projekt wird von zwei jungen Geflüchteten geleitet werden. Zweites Projekt ist eine Fahrrad AG, bei der es um das Reparieren alter Fahrräder und gemeinsame Touren geht.

Martina Scheer



Pilar Madariaga
Managerin „AWO Ehrenamtsagentur“
Tel: 069 / 29 89 01-611
pilar.madariaga@awo-frankfurt.de

AWO | FFM Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2016

Am 6. März findet die Kommunalwahl statt. Wir haben den Parteien auf den Zahn gefühlt, um zu erfahren, wie diese zu wichtigen sozialpolitischen Themen stehen. Die Antworten haben wir für unsere Leser bewertet und eine Übersicht erstellt. Die vollständigen Antworten sind auf unserer Homepage als Download bereitgestellt. Ihr AWO-Team

Wahlbausteine @ FACEBOOK:
<http://bit.ly/1T2hNDR>



Wohlfahrtspflege

1. Die Wohlfahrtsverbände leisten eine wichtige Arbeit für die Erbringung von sozialen Dienstleistungen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wie stehen Sie als Partei zur Leistungserbringung durch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege?

Befürworten wir	Befürworten wir	Offen	Befürworten wir	Befürworten wir
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP
👍	👍	👎	👍	👍

AWO | FFM Wir finden das ...

Gute Arbeit – Guter Lohn!

2. Die sozialen Berufe genießen hohes gesellschaftliches Ansehen. Die Bezahlung trägt der geleisteten Arbeit aber nicht immer Rechnung und fördert nicht die Attraktivität der Berufe. Die Stadt trägt diesem Umstand durch den Tariftreuebeschluss Rechnung. Werden Sie daran festhalten?

Ja, aber...	Ja	Ja, aber...	Ja	Offen
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP
👎	👍	👎	👍	👎

AWO | FFM Wir finden das ...

3. Was planen Sie als Partei, um die sozialen Berufe attraktiver zu gestalten?

Mehr gesellschaftliche Anerkennung	Bessere finanzielle Ausstattung der Träger	Mehr MigrantInnen	Gesellschaftliche Aufwertung	Aufwertung der sozialen Berufe
Mehr Werbung	Gute Bezahlung für alle Beschäftigten im sozialen Bereich	Förderung und Anerkennung von Qualifikationen	Kein Auspielen von erfahrenen und neuen Fachkräften	Berücksichtigung bei Tarifverhandlungen
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP
👎	👍	👎	👍	👎

AWO | FFM Wir finden das ...

Bezahlbarer Wohnraum

4. Unsere Stadt wird immer attraktiver und jedes Jahr kommen ca. 15.000 Menschen hinzu. Dies wirkt sich auch auf die Mieten aus. Der Bedarf an gefördertem Wohnraum nimmt stetig zu und kann nicht mit dem vorhandenen Wohnraum gedeckt werden. Nutzen Sie das städtische Vorkaufsrecht, um mehr sozialen Wohnungsbau realisieren zu können?

Bedingt	Ja	Bedingt	Ja	Im Einzelfall
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP
👎	👍	👎	👍	👎

AWO | FFM Wir finden das ...

5. Plant Ihre Partei, neue Baugebiete oder ganze Stadtteile neu zu entwickeln?

Nachverdichtung	Neuer Stadtteil	Ausweisung neuer Flächen	Neue Baugebiete an bestehende Stadtteile	Ökologische Weiterentwicklung
Umnutzung von Büro- und Gewerbeflächen	Einhausung A661	Ökologische Weiterentwicklung	Neue Baugebiete ausweisen	Ökologische Weiterentwicklung
Bestehende Quartiere erweitern				
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP
👎	👍	👎	👎	👎

AWO | FFM Wir finden das ...

Bezahlbarer Wohnraum

6. Planen Sie, gezielt Flächen für studentischen (geförderten) Wohnraum auszuweisen?

Nein	Ja, mit Schwerpunkt an den Hochschulen	Bedingt	Bedingt	Temporäre Projekte
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



7. Plant Ihre Partei, neue Konzepte für eine gemeinsame Nutzung von Wohnraum durch Studierende und Auszubildende zu fördern?

Bedingt	Ja	Ja	Modellprojekt	Frage unbeantwortet
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



8. Studierende haben ein hohes Integrationspotential. Dieses Umfeld bietet den perfekten Anknüpfungspunkt für junge Geflüchtete. Plant Ihre Partei, diese Form der Integration durch gemeinsamen Wohnraum zu fördern?

Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



Kinderbetreuung

9. Die Stadt Frankfurt hat viel Geld für den Ausbau des Platzangebotes in die Hand genommen. Plant Ihre Partei, nun die notwendigen Mittel für eine entsprechende Qualität bereitzustellen?

Ja	Bedingt	Bedingt	Bedingt	Antwort unkonkret
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



10. Die Elternbeiträge in Frankfurt sind sehr moderat und spiegeln nicht die Leistungsfähigkeit der Eltern wider. Setzt Ihre Partei sich für ein faires/solidarisches Beitragssystem ein?

Bedingt	Ja	Bedingt	Beitragsfrei	Muss entwickelt werden
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



11. Die Regelungen des Hessischen KiFöG stehen in Teilen der angewandten Praxis in Frankfurt entgegen. Dies betrifft insbesondere die Errechnung des Personalschlüssels bei bestimmten Kindern. Daraus resultiert eine systemische Unterfinanzierung zum Beispiel in der Betreuung von Kleinkindern. Keine der Parteien hat die Frage nach einer Anpassung der Finanzierung hinreichend beantwortet. Daher verzichten wir auf eine Darstellung.

Nicht ausreichend beantwortet!				
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



Schulsozialarbeit

12. Schulsozialarbeit ist eine unmittelbar in der Schule erbrachte Jugendhilfeleistung, die eben dort einen zusätzlichen Sozialisationsraum schafft. Plant Ihre Partei eine Umgestaltung der Finanzierung, die sich mehr an den Bedürfnissen sowie Schülerzahlen orientiert?

Bedingt	Bedingt	Ja	Ja	Ja
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



13. Die Ferien gehören zu den wichtigsten Auszeiten vom schulischen Alltag und könnten sinnvoll durch Erlebnispädagogik ergänzt werden, was derzeit leider durch den Kostenträger untersagt ist. Plant Ihre Partei dieses Verbot aufzuheben, um den Jugendlichen auch in den Ferienzeiten ein angemessenes sozialpädagogisches Angebot zu ermöglichen?

Nein	Bedingt	Nein	Ja	Nein
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



Inklusionsklassen

14. Bisher erfolgt die Inklusionsarbeit in Pilotprojekten bzw. als Alternative zur Schulsozialarbeit. Für eine gelungene Inklusion stellt sich jedoch gerade eine Kombination beider Formen als sehr erfolgreich dar. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass das Angebot „Sozialpädagogen im inklusiven Unterricht“ ein fester Bestandteil des sozialpädagogischen Angebots der Schulen (oder Schwerpunktschulen wie bspw. ERS II) wird und bleibt und nicht mit dem Angebot „Jugendhilfe in der Schule“ zusammengelegt wird?

Offen	Ja, an Schwerpunktschulen	Offen	Ja	Offen
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...

15. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Angebot „Sozialpädagogen im inklusiven Unterricht“ auskömmlich finanziert wird? Gibt es dazu aktuelle Pläne?

Offen	Ja	Ja	Ja	Ja
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...

16. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die aktuellen Tarifierhöhungen im Zuschuss mit abgebildet sind?

Ja	Ja	Bedingt	Ja	Bedingt
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...

Offene Kinder- und Jugendarbeit

17. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit stellt einen integralen Bestandteil in den Frankfurter Stadtteilen dar und ermöglicht eine gezielte, sozialraumbezogene Förderung. Welche Partei wird sich dafür einsetzen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen erhalten bleibt und dadurch eine auskömmliche Finanzierung sichergestellt wird? Gibt es dazu konkrete Pläne?

Ja	Ja	Ja	Ja	Bedingt
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...

18. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit ein eigenständiges Angebot außerhalb der Ganztags-schulen bleibt?

Ja	Ja	Ja	Bedingt	Ja
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...

19. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass aktuelle Tarifierhöhungen im Zuschuss mit abgebildet werden?

Offen	Ja	Bedingt	Ja	ja
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



<< Hier können Sie sich die ausführlichen Antworten der Parteien auf unsere Fragen runterladen bzw. anschauen. Ein Service der AWO für Sie!

www.awo-frankfurt.com/wahl



Leben und Älterwerden in der Stadt

20. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialdienst der Seniorenwohnanlagen bieten für die Bewohnerinnen und Bewohner ein umfangreiches Dienstleistungs- und Servicepaket, was zu einem selbstbestimmten Leben im Alter beiträgt. Hält Ihre Partei an dem besonderen Angebot in Form des Sozialdienstes in Seniorenwohnanlagen fest?

Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



21. Nicht jeder hat einen Anspruch auf einen durch die Stadt geförderten Betreuungsvertrag. Immer mehr Menschen ohne diesen Anspruch (60+) ziehen in die Wohnanlagen und gefährden damit die soziale Betreuung vor Ort. Wie wird hierbei das Gefüge der Ungleichbehandlung gesehen? Welche tragfähige Änderung der Finanzierung ist geplant, um diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen?

Weitestgehend	Ja	Ja	Ja	Offen
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



Stationäre Altenhilfe und Ambulante Pflege

22. Bis 2030 werden, unter Berücksichtigung der Berentung der derzeit noch aktiven Pflegefachkräfte, der demographischen Entwicklung und der damit einhergehenden größeren Anzahl pflegebedürftiger Menschen, zusätzlich 82% der momentanen Pflegefachkräfte benötigt werden. Sind auf kommunaler Ebene konkrete Maßnahmen für diese gewaltige Bedarfslage geplant?

Offen	Ja	Bedingt	Ja	Frage unbeantwortet
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



23. Sind Sie bereit, Betriebe in der Ausbildung von Flüchtlingen zu unterstützen?

Frage unbeantwortet	Frage unbeantwortet	Bedingt	Weitestgehend	Frage unbeantwortet
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



Flüchtlinge und Migration

24. Die Integration der zahlreichen Flüchtlinge beginnt unmittelbar nach deren Ankunft und kann als gesamtgesellschaftliche Aufgabe nur gelingen, wenn sich alle Akteure beteiligen. Setzen Sie sich als Partei dafür ein, auch Wirtschaft und Industrie in die Pflicht zu nehmen und für eine erfolgreiche Integration zu gewinnen?

Ja	Bedingt	Ja	Ja	Bedingt
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



25. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei konkret?

Innovative Ansätze: Bspw. Erwerb Berufssprache im Arbeitsprozess	Einbeziehung der Kammern	Weiterentwicklung der Willkommenskultur zu einer Mitmachkultur	Praktikumsplätze und Sprachkurse in den Betrieben	Verweis auf die bereits unternommenen Anstrengungen der Wirtschaft und Industrie
Verweis auf Initiativen von Jobcenter & Arbeitsagentur	Stärkere Vernetzung der vorhandenen Angebote und Akteure	Ausbildungsplätze für junge Geflüchtete	Erhöhung der Gewerbesteuer	
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



26. Ehrenamtliches Engagement ist ein Instrument demokratischer Teilhabe, Partizipation und Gestaltung in unserer Stadt, welches hauptamtlicher Koordination und professioneller Begleitung bedarf. Welche konkreten Vorschläge hat Ihre Partei, eine professionelle Steuerung von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in den Ehrenamtsorganisationen in Frankfurt zu fördern?

Bestehende Strukturen unterstützen, bei Bedarf ausbauen	Ausbau und Entwicklung	Integrative Rolle durch Die Grünen	Hauptamtliche Koordination und professionelle Begleitung	Anerkennung von Ehrenamt
Unterstützung und Beratung	Unterstützung von Migrantenvereinen und Bürgerinitiativen		Flächendeckende Transparenz	Professionelle Steuerung von Ehrenamt
CDU	SPD	Die Grünen	Die Linke	FDP

AWO | FFM Wir finden das ...



Ortsverein Sachsenhausen im Modellprojekt

Jede Menge Leben

Der Bundesverband hat ein zweijähriges Modellprojekt mit dem Titel „AWO aktiv vor Ort“ gestartet. Unser Ortsverein Sachsenhausen hat sich in einem Interessenbekundungsverfahren beworben und ist als einer von 16 AWO Ortsvereinen bundesweit ausgewählt, hier mitzumachen.

In der Ausschreibung waren viele wichtige Punkte genannt: generationsübergreifend, Menschen in besonderen Lebenslagen unterstützen, sozialer Isolation entgegenwirken, Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen erhöhen, Zusammenhalt im Umfeld des Ortsvereins stiften. Dies sind alles Ansätze, die wir auch in der Mitgliederwerkstatt der Frankfurter AWO identifiziert haben.

ABER WIRKLICH MODELLPROJEKT WERDEN?

Der Vorstand der AWO Sachsenhausen hat die Chance und Idee aufgegriffen, begleitet vom Bundesverband über einen längeren Zeitraum, im Austausch und vernetzt mit anderen Ortsvereinen in der Republik – aus der Großstadt oder vom flachen Land – die Weiterentwicklung und vermeintliche Erneuerung anzugehen.

Im März gibt es einen ersten Workshop mit dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS): Bestandsaufnahme, Beschreibung des Stadtteils mit seinen Problemlagen, Stärken und Schwächen in der Ortsvereinsarbeit, damit verbundene Chancen und Risiken.

„AWO – Aktiv vor Ort“, eine Überschrift, die auf viele Ortsvereine der AWO passt. Sie klingt so selbstverständlich, dass man genauer hingucken muss und die Vielfalt der „Aktivitäten“ unserer Ortsvereine in ihren jeweiligen Stadtteilen, „vor Ort“, auflisten könnte. Hinter dieser Auflistung steht viel Engagement unserer Ehrenamtlichen, die Ideen und Zeit mitbringen, anderen Menschen zu helfen; andere Menschen – Junge und Ältere, schon immer hier Lebende und neu Hinzugezogene – zu unterstützen.

Was so selbstverständlich scheint, unterliegt aber immer einem Wandel, einer immer schnelleren Veränderung. Reagieren ist zu wenig, wir gestalten das Ehrenamt im Verband selbst. Bewährtes sichern und Neues entwickeln, mit unserer Wertorientierung als Leitfaden auf diesem Weg im Blick.



DER ORTSVEREINSVORSTAND HAT KONKRETE ZIELE FÜR SICH MARKIERT:

Die AWO ist der sozialpolitische Anwalt für die Schwächeren im Stadtteil und will sich noch stärker in die politische Diskussion einmischen.

In Sachsenhausen gibt es drei Kindertageseinrichtungen der AWO. Die Eltern dieser AWO KITA-Kinder erfahren gerade, wie qualitativ hochwertig und verlässlich die Betreuung ihrer Kinder in den AWO-Einrichtungen organisiert ist. Der Ortsverein will eine Idee, ein Projekt entwerfen und starten, diese Eltern an den Verband zu binden.

Das „Nonplusultra“ – ein AWO-Haus, ein AWO-Zuhause, ein AWO-Treffpunkt im Stadtteil. Die AWO ist „Jede Menge Leben“, das sind zuvorderst die Men-

schen in der AWO, aber es geht auch um einen „Ort“.

Im Modellprojekt wird noch so einiges passieren: Vernetzungstreffen mit allen Ortsvereinen, zwei Fortbildungen im Sommer, Umsetzung und Präsentation. Mit Sicherheit wird vieles über die Mitgliederwerkstatt auch in andere Frankfurter Ortsvereine hineinwirken – ein Benefit für alle!

Henning Hoffmann



Ottilia Altmann
Vorsitzende Ortsverein Sachsenhausen
Tel.: 069/618744
ov.sachsenhausen@awo-frankfurt.de



HERAUSGEBER:

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband | Frankfurt am Main e. V.
Henschelstraße 11 · 60314 Frankfurt/M.
Tel.: 069/298901-0 · Fax: 069/298901-10
info@awo-frankfurt.de · www.awo-frankfurt.de

Ansgar Dittmar, Vorstand | Dr. Jürgen G. Richter, Geschäftsführer
Verantwortlich i. S. d. Pressegesetzes: Henning Hoffmann

REDAKTION:

Martina Scheer, Kommunikationsberatung
Tel.: 06181/9883-144 · kontakt@martina-scheer.de

KONZEPT & GESTALTUNG:

VON WEGEN Kommunikationsagentur,
Frankfurt am Main · Tel.: 069/94419836

FUNDRAISING & ANZEIGEN:

Christiane Sattler | christiane.sattler@awo-frankfurt.de
Tel.: 069/298901-46 · Fax: 069/298901-10

FOTOS:

SPD, CDU, Die Grünen, Die Linke, Martina Scheer, Johannes Frass,
axelhess.com, AWO Archiv, iStockphoto.com, u.v.m.

Die AWO Zeitung erscheint vierteljährlich und ist ein kostenloser Informationsservice der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e.V. Nachdruck oder Veröffentlichung ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. Einsender von Briefen und Manuskripten erklären sich mit der redaktionellen Bearbeitung einverstanden. Einzelne Beiträge müssen nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wiedergeben. Der Herausgeber haftet nicht für unverlangte Einsendungen.



Weil ich die Welt verbessern will und das auch noch Spaß macht...

Soziale Berufe bei der Arbeiterwohlfahrt
Ausbildung | Praktikum | Anerkennungsjahr | Berufseinstieg

www.awo-frankfurt.de